Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 19. April 1879. Nr. 182.

Die Motive zum Zolltarifgesetze,

wie sie dem Reichstage zugegangen, liegen uns nunmehr vor.

In den meisten Fällen ist die von der Tarif-Kommission gegebene Begründung mit etlichen Modifikationen und Zuthaten beibehalten. Gänzlich neu sind nur die Motive über Getreide- und Holzzölle redigirt, die wir deshalb ihrem Wortlaut nach wiedergeben:

Getreide.

Nach dem Tarife von 1818 betrug der Eingangszoll auf Weizen 1½ Sgr., auf Roggen und Gerste ½ Sgr., auf Hafer und Buchweizen ¼ Sgr. pro Scheffel. Diese Sätze wurden im Jahre 1824 in den östlichen preußischen Provinzen für Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Buchweizen auf 5 Sgr., in den westlichen Provinzen für Weizen auf 2, für die übrigen Getreidearten auf 1 Sgr. erhöht. Im Jahre 1827 wurde für alle Provinzen Preußens der gleichmäßige Satz von 5 Sgr. angenommen. Dieser Tarif bildete die Grundlage des deutschen Zollvereins und ist über ein Vierteljahrhundert in Gültigkeit gewesen. Während der Herrschaft desselben entwickelte sich die einheimische Getreideproduktion in dem Maße, daß die Länder des Zollvereins nicht nur die eigenen Bewohner mit Cerealien ausreichend versorgen, sondern auch mit Erfolg auf ausländischen Märkten konkurriren konnten. Die Ausfuhr überstieg die Einfuhr in den Jahren 1843—45 jährlich um 4,279,371 Scheffel, 1846—1848 3,809,832 Scheffel, 1849—1853 8,825,846 Scheffel.

Nachdem bereits durch den Handels- und Zollvertrag vom 19. Februar 1853 zwischen Preußen und Oesterreich die Zollbefreiung der gegenseitigen Einfuhr von Getreide vereinbart worden war, erfuhr im Jahre 1856 auch der Zollvereinstarif eine wesentliche Ermäßigung. Die Sätze wurden für Weizen auf 2, für die übrigen Getreidearten auf ½ Sgr. herabgesetzt. Von 1866 ab kam für alle Staaten des Zollvereins der Getreidezoll vollständig in Wegfall. Die Mehrausfuhr, welche, wie erwähnt, in den Jahren 1849 bis 1853 durchschnittlich 8,825,846 Scheffel betragen hatte, sank 1855 auf 2,133,069 Scheffel herab. Eine Mehreinfuhr fand statt 1860 von 210,847 Scheffel, 1870 von 7,383,261, 1877 von 33,353,748 Ctr., 1878 von 28,452,482 Ctr.

Die Gründe für die Rückkehr zur Zollpflicht der landwirthschaftlichen Produkte sind theils finanzpolitischer, theils wirthschaftlicher Natur. In erster Beziehung ist daran zu erinnern, daß, wie bereits im allgemeinen Theil der Motive näher ausgeführt, der Zweck der Finanzreform des Reiches in der Erschließung eigener Einnahmequellen und in der Entlastung der Steuerpflichtigen rücksichtlich der besonders schwer empfundenen direkten Steuern besteht, sowie, daß dieser Zweck füglich nicht anders und wirksam erreicht werden kann, als wenn im Wege der indirekten Besteuerung vorwiegend solche Artikel getroffen werden, deren Massenimport und Verbrauch einen erheblichen Ertrag verspricht.

Die Empfindung, daß die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer in Preußen ein finanzpolitischer und wirthschaftlicher Fehler gewesen, wird heute auch in Kreisen getheilt, welche sich früher in ausgesprochener Gegnerschaft zu jenen Steuern befanden. Es bedarf für Niemanden eines Beweises mehr, daß die direkten Steuern nicht beliebig erhöht werden können, sondern daß es für dieselben eine Grenze giebt, die ungestraft nicht überschritten werden darf. Auf der anderen Seite zeigen die Erfahrungen, welche namentlich in Hamburg und Bremen gemacht sind, daß selbst eine Konsumtionsabgabe, welche die von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Zollsätze um das Doppelte und Dreifache überschreitet, von der Bevölkerung ohne Beschwerde getragen wird.

In Hamburg wird eine Eingangsabgabe erhoben: Für Weizen pr. 100 Klgr. von M. 2,50, Roggen, Gerste und sonstiges Getreide M. 1,03, Weizenmehl 3,75, Roggenmehl 1,50, Fleisch, Schinken, Speck 3,75, Ochsen, Stiere, Kühe netto Fleischgewicht 3,45, Schweine 3,75, Kälber pr. Stück 0,45—1,80, Hammel und Schafe pr. Stück 0,45—0,90.

In Bremen müssen folgende Sätze gezahlt werden: Für Weizen pr. 100 Klgr. M. 1,15, Roggen 0,70, Weizenmehl 1,60, Roggenmehl 0,90, Fleisch 10,00. Die Abgabe beträgt mithin nach Prozentsätzen vom Werth:

	in Hamburg	in Bremen
für Weizen	etwa 12 pCt.	5 pCt.
„ Roggen	„ 6 „	5 „
„ Weizenmehl	„ 13 „	5 „
„ Roggenmehl	„ 6 „	4 „
„ Fleisch	4 4 „	11 „

Daß die Belästigung des Verkehrs, welche mit der Erhebung solcher Eingangsabgaben verbunden ist, weit weniger empfindlich wirkt, wenn jene Erhebung an den Landesgrenzen, als wenn sie an den Thoren einzelner Städte erfolgt, bedarf keiner weiteren Ausführung. Abgesehen von den Vorzügen, welche gegenüber den direkten, die Persönlichkeit des Steuerzahlers unmittelbar mit unausweichbarer Härte treffenden Abgaben die Konsumtionssteuern in finanzieller Hinsicht bieten, sprechen aber auch wirthschaftliche Gesichtspunkte für die Wiedereinführung der Getreidezölle. Durch den Wegfall der letzteren in Verbindung mit der Erweiterung der Eisenbahnnetze und den zu Gunsten der ausländischen Produktion eingeführten Differenzial Tarifen ist das massenhafte Einströmen fremden Getreides zur Regel geworden. Der jüngste Verwaltungsbericht des königlich preußischen Landwirthschafts Ministeriums äußert sich hierüber folgendermaßen: „Galizien, Polen, Ungarn, Rumänien, das südliche Rußland, sogar die Türkei und Amerika, — fast ausschließlich Länder mit zur Zeit noch unbegrenzter Produktionsfähigkeit und geringen Produktionskosten — überschütten mit ihren Bodenerzeugnissen gerade diejenigen Märkte, welche bisher die Hauptabsatzgebiete der preußischen Landwirthschaft, so besonders der östlichen Provinzen, waren. Selbst bei weniger günstigen Ernten jener Länder stellen sich die Preise derart, daß das fremde Getreide dem einheimischen in Folge der niedrigen Produktions- und Transportkosten erfolgreich Konkurrenz macht. Polnischer, ungarischer und amerikanischer Weizen und russischer Roggen bestimmen bei uns den Preis. So betrug z. B. die Einfuhr von Roggen über die russisch-preußische resp. Ostseegrenze im Jahre 1875: 6,869,324 Centner Brutto; 1876: 11,361,144; 1877: 13,266,203; die Einfuhr von Gerste und Hafer über dieselbe Grenze: Gerste im Jahre 1875: 530,107; 1876: 594,312; 1877: 1,920,778 Centner. Hafer 1875: 2,368,663; 1876: 3,196,049; 1877: 3,620,447 Centner. Erwägt man, daß die Produktionskosten in Deutschland im Laufe des letzten Jahrzehntes in demselben Maße gestiegen, wie die Getreidepreise in Folge des Angebots aus billiger produzirenden Gegenden gefallen sind, daß ferner ungefähr gleichzeitig mit der Aufhebung der Getreidezölle der inländische Grundbesitz durch Grund, Gebäude- und Einkommensteuer mit etwa 10—14 pCt. seines Ertrages, zu welchem Satze noch die Kommunalzuschläge in fast gleicher Höhe hinzukommen, belastet ist, so erscheint es vollkommen erklärlich, daß der Getreidebau, welcher bis zu den sechziger Jahren den Hauptfaktor der landwirthschaftlichen Produktion in Deutschland bildete, seit jener Zeit wesentlich zurückgegangen ist. In welchem Maße dies geschehen, läßt sich allerdings nicht genau und ziffermäßig feststellen. Folgende Zahlen geben jedoch annähernd ein Bild von der stattgehabten rückläufigen Bewegung. Nach den statistischen Arbeiten, welche im Anschlusse an die Grundsteuerveranlagung Anfangs der sechsziger Jahre von Engel und Meitzen ausgeführt sind, waren von der Gesammtackerfläche des Staates: mit Roggen 24 pCt., Weizen 10 pCt., Gerste 8 pCt., Hafer 16 pCt., zusammen 58 pCt. bestellt. Nach der über die landwirthschaftliche Bodenbenutzung im preußischen Staate von dem statistischen Bureau veröffentlichten Zusammenstellung waren 1878 bestellt: mit Roggen 25,67 pCt., mit Weizen 5,88 pCt., Gerste 5,03 pCt., Hafer 14,14 pCt., zusammen 50,72 pCt., Aehnliche Beobachtungen liegen aus dem Königreich Baiern vor. Hier waren bebaut: 1866: mit Weizen 290,255,13 Hektare, Roggen 588,479,62, Dinkel (Spelz) 132,032,25, Gerste 338,863,37, Hafer 451,752,79, Hülsenfrüchten 49,601,59, Mais 768,13, Buchweizen 1622,88, Hirse 3201,56 Hektare, zusammen 1,856,577,32 Hekt.; 1878: Weizen 298,779,83, Roggen 579,416,49, Dinkel (Spelz) 96,119,98, Gerste 320,534,48, Hafer 439,551,86, Hülsenfrüchten 26,747,99, Mais 1215,57, Buchweizen 1323,31, Hirse 2057,79 Hektare, zusammen 1,765,746,40 Hekt. Das in Baiern zum Kornbau verwendete Areal ist mithin in 15 Jahren um 90,830,93 Hektare vermindert worden.

Mag der Werth solcher Schätzungen immerhin zweifelhaft sein, die Thatsache ist unleugbar, daß sich der Anbau von Getreide in Deutschland von Jahr zu Jahr verringert und daß jedenfalls nicht so viel Getreide produzirt wird wie produzirt werden könnte, wenn gegenüber der erdrückenden ausländischen Konkurrenz die Garantie eines größeren und einträglichen Absatzes für das einheitliche Produkt vorhanden wäre. Der landwirthschaftliche Betrieb hat eben aufgehört, lohnend zu sein. Hunderte von größeren Pächtern, Tausende von kleineren Besitzern in allen Theilen des Reiches haben ihre Wirthschaften aufgeben müssen. Die Ertragsfähigkeit der Grundstücke selbst ist in Folge der zahlreichen Subhastationen vermindert und dem Acker werden aus Mangel an Mitteln nur ungenügend die nothwendigen Dungstoffe zugeführt. Die Ernte-Erträge sind unter diesen Umständen vielfach um 20 pCt. heruntergegangen. Sie haben im Jahre 1878 pro Hektar für Weizen zwischen 700 und 3100, für Roggen zwischen 530 und 2800, für Gerste zwischen 640 und 3250, für Hafer zwischen 500 und 3400 Kilogramm geschwankt.

Die Gefahr liegt nahe, daß Deutschland bei fortschreitender Entwerthung des Grund und Bodens hinsichtlich seiner Ernährungsverhältnisse vollständig abhängig vom Auslande wird. Zu welchen Konsequenzen ein solcher Zustand führen kann, liegt auf der Hand. Mißernten sind in Ländern wie Rußland, Rumänien, Amerika häufiger, und wenn sie eintreten, allgemeiner wie bei uns. Sie würden eine momentane, vollständige Stockung der Zufuhr hervorrufen können. Die gleiche Wirkung würde ein unglücklicher Krieg, eine andauernde Blockade haben. Auf der anderen Seite wäre ein Aufhören der inländischen Getreide-, namentlich der Roggenproduktion, gleichbedeutend mit der Zahlungseinstellung des weitaus größeren Theiles aller Landwirthe und in Folge dessen mit einem Zusammenbruche unseres ganzen Kreditsystems. Dem nationalen Wohlstande würden damit die tödtlichsten Wunden geschlagen werden. Es liegt deshalb nicht allein im Interesse der Landwirthe, sondern der Gesammtbevölkerung überhaupt, daß der Kornbau dem Lande erhalten bleibt, und es wird Aufgabe einer gesunden Wirthschaftspolitik sein müssen, hierauf in erster Linie ihr Augenmerk zu richten. Die vorgeschlagenen Tarifsätze sind so niedrig gegriffen, daß sie als eigentliche Schutzzölle nicht bezeichnet werden können. Ihre Wirkung wird deshalb auch nicht darin bestehen, den Import des fremden Getreides in erheblichem Maße zu verringern oder gar auszuschließen. Die Produktionsbedingungen in Ländern mit großen Flächen billigen, jungfräulichen Bodens, mit niedrigen Löhnen und nicht nennenswerthen öffentlichen Abgaben ermöglichen eine so wohlfeile Herstellung der Früchte, daß ein sehr reicher Gewinn auch dann noch dem Importeur verbleiben wird, wenn er einen im Vergleich zu den gewöhnlichen Preisschwankungen gar nicht in Betracht kommenden Zoll zu tragen hat.

Allein die vorgeschriebenen Tarifsätze versprechen nach einer Richtung hin doch der einheimischen Landwirthschaft zu Hülfe zu kommen. Bei aller Unvollkommenheit der vorliegenden statistischen Nachrichten ist es doch mehr wie Vermuthung, daß in Folge der absoluten Zollfreiheit der Getreideeinfuhr der deutsche Markt der Ablagerungsplatz für die Ueberproduktion anderer Länder geworden ist, und daß Deutschland seit längerer Zeit erheblich mehr Getreide aufnimmt, als es in Wirklichkeit aufzunehmen brauchte, wenn die inländische Produktion zur vollen Entfaltung käme. Während beim Weizen für die Durchschnittsperiode 1868—72 ein Eingang von 8,313,000 Ctr., ein Ausgang von 11,249,000 Ctr., mithin ein Mehrausgang von 2,936,000 Ctr. zu verzeichnen ist, beträgt für die Durchschnittsperiode 1873 bis 1877 der Eingang 11,737,000 Ctr., der Ausgang 9,955,000 Ctr., es hat mithin ein Mehreingang von 1,779,000 Ctr. stattgefunden. Von Roggen ist 1868—72 im Durchschnitt 9,316,000 Ctr. ein- und 3,290,000 Ctr. ausgegangen, 1873—77 dagegen im Durchschnitt 19,101,000 Ctr ein- und 3,127,000 Ctr. ausgegangen. Dieses Wachsen der Einfuhr von Weizen und Roggen steht mit dem Wachsen der Bevölkerung nicht annähernd in einem entsprechenden Verhältniß. Noch auffallender ist die Steigerung der Mehreinfuhr bei Hafer (1868—72: 215,000 Ctr., 1873—77: 5,148,000 Ctr., ohne daß der Pferdebestand in Deutschland eine Aenderung erfahren hätte. Die Ueberfüllung des deutschen Marktes durch das Angebot unverkäuflicher ausländischer Ueberschüsse, mit welcher allein die vorstehenden Zahlen erklärt werden können, übt den empfindlichsten Druck auf die einheimische Landwirthschaft aus; die Konkurrenz wird das Maß ihrer Berechtigung erst dann finden, wenn jenes Angebot eine auch nur geringe Zollabgabe nach sich zieht. Gelingt es, dem deutschen Getreidebau das Absatzgebiet zurückzuerobern, welches durch die Ueberproduktion des Auslandes verloren gegangen ist, so wird ein Anreiz gegeben sein, Flächen von Neuem unter den Pflug zu bringen, welche jetzt wüst liegen oder in unvollkommener Benutzung stehen. Die Frage, ob Deutschland im Stande ist, den Mehrbedarf an Getreide, welches wir gegenwärtig vom Auslande beziehen, künftig selbst zu produziren, wird dann ihrer Beantwortung um einen wesentlichen Schritt näher geführt sein.

Im engsten Zusammenhange mit diesen Erwägungen steht die Preisfrage. Nicht darauf kommt es für die Landwirthschaft an, die Preise des Getreides künstlich höher zu schrauben, sondern darauf, für das inländische Produkt einen Abnehmer zu finden, welcher wenigstens soviel zahlt, daß sich das Produziren überhaupt noch lohnt. Ist im Inlande ein sicherer Absatzmarkt vorhanden, so wird es an inländischen Produkten nicht fehlen, selbst wenn die Preise, absolut betrachtet, unter die jetzigen geringen heruntergehen sollten. Die relative Preiserhöhung, welche in der Erweiterung des Absatzes liegt, wird immer die Hauptsache bleiben. In der That ist es durchaus zweifelhaft, ob von den vorgeschlagenen Zollsätzen eine absolute, direkte Preiserhöhung erwartet werden kann. Nach den Veröffentlichungen des kaiserlichen statistischen Amtes kosteten im Jahre 1879 1000 Kilogramm Weizen in Mannheim 211,20 Mark, in Lindau 205, in Stuttgart 200, in Köln 192, in München 185, in Frankfurt a. M. 180, in Leipzig 178,38, in Magdeburg 174,50, in Berlin 173, in Danzig 172,65, in Halle 170,40, in Königsberg 166, in Stettin 160, in Breslau 160, in Posen 157 Mark. Der Durchschnittspreis für Weizen an den verschiedenen Großhandelsplätzen in Deutschland ist mithin in einem und demselben Monat so verschieden gewesen, daß für Weizen an dem einen Ort 211,20 Mark, an dem anderen 157,80 Mark gezahlt warden. Das macht auf 1000 Klgr. einen Unterschied von 53,40 Mark. Ebenso bedeutend sind die Preisdifferenzen beim Roggen. Derselbe kostete im Januar d. J. in Lindau 160 Mark, in Königsberg 104 Mark, macht auf 100 Klgr. 5,60 Unterschied; nicht minder bei Hafer und Gerste. Wenn die Preise schon im Großhandel in einem solchen Maße verschieden sich gestalten, so werden sie selbstverständlich im Detail noch mehr von einander abweichen. Ein Zoll von 50 Pf. oder 1 Mark pro 100 Klgr. kann derartigen Differenzen gegenüber in Wirklichkeit nicht in Betracht kommen, und die inländische Konkurrenz wird schon Sorge dafür tragen, daß die Zollerhöhung nicht zum Vorwande einer Preiserhöhung gemacht wird.

Noch weniger aber als auf die Preise des Getreides läßt sich ein Einfluß der Zollerhöhung auf den Preis der Backwaare erwarten. Ein solcher ist um so unwahrscheinlicher, je erheblicher die Preisunterschiede zwischen dem Rohstoff und dem zum Genusse bestimmten Produkte sich stellen. Am 1. Februar d. J. kostete in Weimar der Weizen per 1000 Kilo 165—176 M., im Durchschnitt 170 M., der Roggen 134—146 M., im Durchschnitt 140 M; 500 Gr. = 1 Pfund Weizen kostete mithin im Durchschnitt 8,56 Pf., 500 Gr. = 1 Pfund Roggen 7 Pf. Nach einer amtlichen Bekanntmachung der Polizeiverwaltung in Weimar vom 2. Februar kostete 1 Pfund Weißbrod bei zwei Bäckern 15 Pf., bei einem Bäcker 16 Pf., bei vier Bäckern 17 Pf., bei drei Bäckern 18 Pf., bei sechs 19 Pf., bei vier 20 Pf., bei einem 21 Pf., bei einem 24 Pf., bei einem 25 Pf. und bei einem Bäcker sogar 33 Pf. Ein Pfund Buttersemmeln kostete bei einem Bäcker 26 Pf., bei zweien 27, bei zweien 28, bei einem 29, bei fünfen 30, bei zweien 31, bei einem 32, bei einem 33, bei einem 35, bei zweien 36, bei dreien 38, bei einem 42, bei zweien 45, bei einem 50, bei einem 60 und bei einem sogar 62 Pf. Für Franzsemmeln betrug der niedrigste Preis 24 Pf., der höchste 50 Pf., für Rücklinge (kleine Brödchen) der niedrigste Preis 15, der höchste 33 Pf., für Schwarzbrod der niedrigste Preis 10, der höchste 17 Pf. Berücksichtigt man, daß 100 Pfund Weizen etwa 120 Pfund Brod

ergeben, so zeigt sich, daß der Preis des Weizens, bis der letztere sich in der Gestalt von Backwaaren zeigt, einen Aufschlag von 100—300 pCt. erfährt. Charakteristisch ist ferner die Thatsache, daß größere Bäckereien bei Feststellung ihrer Preise für Backwaaren Preisänderungen bei dem Rohprodukt unter 3 Mark pro Centner gar nicht zu berücksichtigen pflegen, woraus sich denn auch erklärt, daß nach Aufhebung der Mahlsteuer, also nach Wegfall einer Abgabe von 2 Mark für den Centner Weizen von 50 Pf. für Roggen das Brod nicht billiger geworden ist.

Nach Allem erscheint die Befürchtung, als könne durch die vorgeschlagenen Zollsätze eine Vertheuerung nothwendigster Lebensmittel eintreten, als vollständig grundlos. Aber selbst zugegeben, eine solche Eventualität sei möglich, so würde sie sicherlich durch eine entsprechende Vermehrung der inländischen Produktion aufgewogen, und es würden die arbeitenden Klassen durch die Hebung der gesammten nationalen Erwerbsthätigkeit und durch die daraus resultirende Vermehrung der Nachfrage nach Arbeitskräften, sowie durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne reichlich entschädigt werden.

Deutschland.

** **Berlin**, 18. April. Die Hoffnungen, welche die Gegner der Zollvorlage auf die Reichstagsferien gesetzt haben, von denen man Volksversammlungen und andere Kundgebungen der öffentlichen Meinung erwartete, scheinen nicht in Erfüllung zu gehen. Wie man sich erinnert, hatte namentlich die Fortschrittspresse die Parole zu einer solchen Agitation in allen Provinzen ausgegeben, in der Hoffnung, durch die zu beschließenden Resolutionen die Abgeordneten an eine bestimmte oppositionelle Stellung im Reichstage zu binden. Nun scheinen solche Versammlungen in der That in den Provinzen angeregt worden zu sein, aber die oppositionellen Abgeordneten scheinen bei der ihnen entgegentretenden Stimmung auf die Berufung verzichtet zu haben. Nach allen glaubwürdigen Berichten ist die Stimmung zu Gunsten der Zollreform weit entschiedener, als die Organe der Presse, namentlich in der Hauptstadt, Wort haben wollen oder als sie selbst es wissen. Die Parteipresse hat kaum noch jemals so wenig ein Bild der öffentlichen Meinung gegeben wie gerade in diesem Augenblick. Man bestätigt von allen Seiten, daß namentlich in Süddeutschland der Name des Fürsten Bismarck noch nie so populär gewesen ist, wie jetzt auf Grund seiner Zollreform. So erklärt es sich, daß die Opposition auf das gefährliche Experiment einer Agitation lieber verzichtete, statt die Stärke der entgegengesetzten Strömung in unerwünschter Weise erkennbar zu machen.

Der Druck der Motive zu der Zolltarifvorlage ist heute fertig gestellt worden, so daß die Vertheilung oder die Nachsendung an die Reichstagsmitglieder heute und morgen erfolgen wird. Das Tabaksteuergesetz und das Brausteuergesetz gelangen heute vom Bundesrath an das Bureau des Reichstages, welches unverzüglich den Druck veranlassen wird.

Am vorigen Sonntag feierte der älteste vortragende Rath im Ministerium des Innern, der Geh. Ober-Regierungsrath Wenzel, sein 50jähriges Dienstjubiläum. Derselbe ist bereits über 30 Jahre in der Stellung eines vortragenden Raths. Am Morgen des Jubiläumstages überbrachte der Minister des Innern ihm das Patent seiner Ernennung zum Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsrath und zum Rath erster Klasse. Später überbrachte ihm eine Deputation der Räthe des Ministeriums eine Adresse und als Festgeschenk eine Marmorbüste des Kaisers auf einem Marmorsockel.

Eine andere Notiz, die ich vor Kurzem gab, daß nämlich dem Reichstag noch in dieser Session eine Vorlage über die Erwerbung des Razynski'schen Grundstückes für das Reichstagsgebäude zugehen werde, ist ebenfalls in Zweifel gezogen worden, weil angeblich gegen die Wahl des Platzes Bedenken aufgetaucht seien. Dem gegenüber kann ich mittheilen, daß die betreffende Vorlage dem Bundesrath voraussichtlich am 21. April zugehen wird.

Berlin, 18. April. Die „Deutsche volkswirthschaftliche Korrespondenz", das anerkannte Organ der Schutzzollpartei, widmet dem Centrum jetzt eine besonders schmeichelhafte Aufmerksamkeit. Sie erwartet von demselben, daß es die klaffenden Lücken, welche der Zolltarif noch habe, seinerseits ausfüllen würde, das heißt, deutsch gesprochen, daß das Centrum Anträge auf Erhöhung der Tarifpositionen stellen werde. Sie schreibt:

Das Centrum hat bei der Wirthschaftsreform auch noch große ideale Interessen zu wahren. Je mehr sich der Katholizismus von der Staatshülfe entblößt und auf die eigene Kraft gestellt sieht, je größere Wichtigkeit erlangt sein Vereinswesen, seine Stiftungen, seine sozialen und humanitären Schöpfungen. Diese aber haben sämmtlich eine wirthschaftliche Grundlage nöthig, welche sich unter einem System der permanenten Bankerotte, Wertheszerstörungen und Krisen weder gewinnen noch erhalten läßt. Die wunderbaren Erfolge des Katholizismus in Amerika beruhten zum großen Theil auf seinem kirchlichen Bankwesen. Dadurch wurden imponirende Leistungen möglich, welche der Kirche Macht und Ansehen verliehen. Durch die Mißgriffe der amerikanischen Münz- und Bankpolitik wurde dies stolze Gebäude erschüttert und das Resultat einer dreißigjährigen heißen Arbeit in Frage gestellt. Kennt also irgend jemand auf der Welt den Zusammenhang zwischen wirthschaftlichen und idealen Interessen, so der Katholizismus. Auf diese Thatsache bauen wir die Hoffnung, daß das Centrum nicht nur die Zollreform tapfer durchkämpfen, sondern demnächst auch dem mindestens ebenso reformbedürftigen Geld- und Bankwesen seine parlamentarische Fürsorge zuwenden wird.

— Der Oberbürgermeister von Köln, Dr. Becker, theilte in der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 17. d. M. das nachstehende ihm vom Reichskanzler Fürsten Bismarck zugegangene Schreiben mit: „Euer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für Ihre gütige Anzeige von der Enthüllung meines Denkmals. Es ist mir ein erhebendes Bewußtsein, in der altberühmten Stadt, der ich schon durch die Ehre des Bürgerrechts angehöre, wenigstens im Bilde eine feste Stellung gewonnen zu haben, und ich betrachte es als ein günstiges Wahrzeichen, daß dies bei heiterem Wetter geschehen ist. v. Bismarck."

— Die Schwierigkeiten, welche der Erwerbung des Raczynskischen Grundstücks zur Erbauung des Reichstagshauses entgegengetreten waren, sind jetzt beseitigt worden; sie waren indessen so groß, daß noch in letzter Stunde der ganze Plan zu scheitern drohte. Die bezügliche Vorlage, welche sich nur mit der Grundstückserwerbung beschäftigen soll, wird alsbald an den Bundesrath und Reichstag gelangen. Voraussichtlich wird aus Mitgliedern beider Körperschaften dann eine Kommission gebildet werden, welcher es überlassen wird, das Weitere über die Ausführung zu beschließen.

Ausland.

Paris, 16. April. Der Skandal der Kandidatur Blanqui's in Bordeaux wird immer größer, da jetzt die sämmtlichen ultramontanen und auch ein Theil der bonapartistischen Organe in Paris wie in der Provinz für dieselbe eintreten. Diese Allianz der Ultramontanen und der Reaktionäre mit den Demagogen ist bekanntlich weder in Frankreich noch anderswo etwas Neues, erscheint aber in diesem Falle um so gefährlicher, als es in Bordeaux ziemlich viele Legitimisten und Bonapartisten giebt, welche jetzt aller Wahrscheinlichkeit nach für Blanqui stimmen werden. Für diesen hat ein in Nizza bestehendes „Comité Blanqui" sich an Garibaldi gewandt und die Intervention des Generals in dem Wahlkampfe erbeten, „da ein Wort von ihm die Demokratie von Bordeaux bestimmen würde, sich um den Namen Blanqui zu schaaren." Der in Rom mit anderen Dingen beschäftigte Garibaldi hat noch nicht geantwortet, aber komischer Weise hat inzwischen der Gegner Blanqui's, der Kandidat der gouvernementalen Republikaner, Lavertujon, ein Zustimmungs-Telegramm eines anderen ausländischen Demagogen, des „berühmten" Sennor Emilio Castelar erhalten, welcher ausführt, daß „die spanische Demokratie mit dem lebhaftesten Interesse seine Kandidatur verfolge, deren Gelingen in der hochberühmten Stadt Bordeaux den Sieg der Gesetzlichkeit und die Befestigung der Republik bedeute."

Man sollte es kaum für möglich halten, daß Empfehlungen eines Garibaldi oder eines Castelar irgend einen Einfluß auf die Wähler in Bordeaux ausüben könnten, aber es ist immerhin für die hiesigen Zustände bezeichnend, daß zwei sich bekämpfende Fraktionen der republikanischen Partei im Auslande Beistand suchen. Von irgend einem Entschlusse der Regierung ist noch immer nichts zu hören, und es scheint in der That, daß sie es für angemessen erachtet, hinsichtlich der Kandidatur Blanqui „die Dinge ihren Lauf gehen zu lassen."

Seit gestern tagt in Paris wie alljährlich der „katholische Kongreß", d. h. eine Privat-Versammlung der Koryphäen der ultramontanen Partei, welche das „katholische Comité Frankreichs" bildeten, das Anfangs 1874 von der Regierung aufgelöst wurde. Den Vorsitz führt auch diesmal der Senator Chesnelong, und die Vicepräsidenten der Versammlung sind die bekannten ultramontanen Chefs Baudon, de Belcastel, de Rodez, de Caulaincourt, Ernoul, Keller, de Melun, Champeaux und de Martineny. In der gestrigen ersten Sitzung wurde zuvörderst ein an den Papst gesandtes Telegramm verlesen, worin derselbe gebeten wird, der Versammlung seinen apostolischen Segen zu verleihen, worauf Herr Chesnelong eine lange und fulminante Rede gegen den Laien-Unterricht, beziehentlich gegen die Unterrichtsvorlagen des Ministers Ferry hielt. Sodann folgte ein „causerie familière sur le sacré coeur" des bekannten Romanschriftstellers Paul Féval, der vor einiger Zeit ganz plötzlich „unter die Frommen gegangen ist" und jetzt allerhand ultramontane Extravaganzen treibt. Nachdem darauf der unermüdliche Herr Chesnelong eine Arbeit des erkrankten Herrn Poujoulat über das gelobte Land vorgelesen hatte, wurde die Sitzung durch eine Ansprache des Kardinal-Erzbischofs von Paris geschlossen. Derselbe erklärte, daß der gegenwärtige gegen die Katholiken unternommene Krieg kein politischer, sondern ein wahrer Religionskrieg sei. Die Atheisten, die Freidenker, die Materialisten wollten den Unterricht ohne Gott. Man müsse gegen diese Strömung energisch und ohne Unterlaß ankämpfen, aber mit gesetzlichen Mitteln. „Kämpfen wir", so endete der Kardinal, „mit Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit; was mich betrifft, so werde ich trotz meines hohen Alters auf der Bresche ausharren."

Petersburg, 17. April. Ein heute veröffentlichter kaiserlicher Ukas vom 17. d. besagt: Die Ereignisse der letzten Zeit weisen mit Augenscheinlichkeit darauf hin, daß in Rußland eine, wenn auch nicht zahlreiche, so doch in ihren verbrecherischen Verirrungen hartnäckige Bande Uebelwollender vorhanden ist, welche bestrebt ist, alle Grundlagen des staatlichen und gesellschaftlichen Wesens zu untergraben. Sich nicht auf die Verbreitung äußerst aufrührerischer Lehren vermittelst der Presse in heimlich versendeten Proklamationen beschränkend, welche auf den Umsturz der Dogmen der Religion, der Familienbande und des Eigenthumsrechtes abzielen, verübten diese Bösewichte mehrmals Mordversuche an höheren Beamten des Reiches und anderen mit Regierungsgewalt bekleideten Personen. Endlich wurde die Reihe der Uebelthaten durch das verbrecherische Attentat auf den Kaiser geschlossen. Solche Missethaten und die Abwesenheit jeder Reue Seitens der bis jetzt entlarvten Uebelthäter, wandten unsere Aufmerksamkeit auf die Nothwendigkeit, provisorische Ausnahmemaßregeln zu ergreifen behufs exemplarischer Bestrafung der Schuldigen, sowie um den mit der Regierungsgewalt bekleideten Personen besondere zur Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung nothwendige Rechte zu überlassen. Zu diesem Zwecke haben wir Folgendes als zweckmäßig erkannt:

1) Provisorische General-Gouverneure in Petersburg, Charkow und Odessa mit besonderen außerordentlichen in den folgenden Punkten bezeichneten Rechten zu ernennen und dieselben Rechte provisorisch den General-Gouverneuren in Moskau, Kiew und Warschau zu geben.

2) Den General-Gouverneuren in Petersburg, Charkow und Odessa werden die gleichnamigen Gouvernements unterstellt. Unabhängig davon werden diesen General-Gouverneuren, sowie denjenigen von Kiew und Moskau auch einige später zu bezeichnende Ortschaften aus den benachbarten Gouvernements unterstellt.

3) In allen genannten Ortschaften werden den General-Gouverneuren alle örtlichen Civilverwaltungen in dem Maße unterstellt, in welchem auf Grund des 46. Artikels des Statuts betreffend die Truppenverwaltung in Kriegszeiten den Armee-Oberbefehlshabern die Gouvernements unterstellt werden, in welchen der Kriegszustand proklamirt ist und auch die Lehranstalten aller Ressorts.

4) Den General-Gouverneuren wird es überlassen, alle Personen des Civilstandes in den ihnen unterstellten Ortschaften dem Kriegsgerichte zu übergeben, mit Anwendung der für Kriegszeiten festgestellten Strafen, und zwar gilt dies unabhängig von den in dem Ukas vom 9. August v. J. bezeichneten Fällen, auch für andere Arten politischer oder gegen die Verwaltungsordnung gerichteter Verbrechen, sowie für anderweitige durch die allgemeinen Strafgesetze vorgesehenen Verbrechen.

5) Obiges Verfahren wird in allen Fällen angewendet werden, in welchen bis dato die Angeklagten noch nicht vor Gericht gestellt wurden.

6) Den General-Gouverneuren werden folgende Befugnisse gegeben: a. alle Personen auf administrativem Wege aus den betreffenden Ortschaften zu entfernen, falls der weitere Aufenthalt derselben daselbst als schädlich anerkannt wird; b. nach ihrem unmittelbaren persönlichen Gutachten alle Personen, ohne Unterschied, zu verhaften, wenn dies nothwendig erscheint; c) Zeitungen und Zeitschriften, falls deren Richtung verderblich erscheint, zeitweilig oder für immer zu unterdrücken; d) überhaupt solche Maßregeln zu treffen, welche behufs Aufrechterhaltung der Ruhe für nothwendig erkannt werden.

Der vorstehende Ukas ist an den dirigirenden Senat gerichtet und vom Kaiser eigenhändig unterzeichnet.

— Aus **Lima** wird berichtet: Nach einer Woche fröhlicher Feste hat uns die Korvette „Prinz Adalbert" wieder verlassen, um über Guayaquil und Panama nach Japan zu gehen. Prinz Heinrich hat die ihm zugemessene Zeit wohl benutzt, um, so gut es in der kurzen Frist ging, Land und Leute in Peru kennen zu lernen. Nachdem er die Oroyabahn bis Chicla gesehen, ward am 26. Februar unter großem Geleite ein Ausflug nach der dem Herrn Canevaro gehörenden Hacienda Caudivilla unternommen. Mit aufmerksamem Interesse besichtigte die Gesellschaft die trefflich geleitete Zuckerwirthschaft und fühlte sich behaglich angemuthet, als dann der Besitzer seine Gäste in die festlich geschmückten Säle zum Frühstück führte. Während desselben erhob sich Prinz Heinrich und toastete mit den Worten: Pour le Pérou, Messieurs! auf das alte Inkaland, was der Fregattenkapitän Miguel Grau durch ein Hoch auf das Deutsche Reich erwiderte. Noch am Abend desselben Tages beehrte der Prinz das ihm und seinen Kameraden zu Ehren gegebene Fest des deutschen Klubs mit seinem Besuche.

Provinzielles.

Stettin, 19. April. Montag, den 28. April, steht uns ein großer Kunstgenuß bevor, Frau Desirée Artot und Herr Mariano Padilla veranstalten an diesem Tage im Saale der Abendhalle ein Konzert. Der Künstlerruf derselben ist so bekannt, daß schon deren Auftreten genügen könnte, zahlreichen Besuch herbeizuführen, aber es befinden sich noch zwei namhafte Künstler, Herr Marcello Rossi und Professor Richard Schmidt in ihrer Begleitung. Ersterer, ein noch junger Violin-Virtuos, hat durch seine eminente Fertigkeit überall die größte Sensation erregt und auch Herr Professor Schmidt wird als Meister auf dem Piano von der Kritik einstimmig gerühmt.

— Nunmehr ist für den ganzen Umfang des Kreises Randow die obligatorische Fleischschau eingeführt und bringt das amtliche Kreisblatt in seiner letzten Nummer eine darauf bezügliche Kreis-Polizei-Verordnung, welche jedoch für die Stadtbezirke Alt Damm, Gartz a. O. und Pölitz keine Anwendung findet, so lange die in diesen Bezirken in gleicher Angelegenheit bereits erlassenen Polizei-Verordnungen nicht ausdrücklich aufgehoben sind.

Greifswald, 17. April. Der nächste Kreistag findet hierselbst am 28. d. M. statt; auf der Tagesordnung stehen nur 3 Gegenstände: 1) Beschlußfassung über den Antrag des Provinzial-Ausschusses zu Stettin wegen Aufbringung der Kosten zur Gründung eines Asyls für erwachsene Blinde in der Provinz Pommern. 2) Antrag des Grafen Behr-Bandelin, die im „Kreis-Anzeiger" erlassenen Bekanntmachungen und Verordnungen zusammenzustellen. 3) Wahl der Mitglieder der Ersatz-Kommission.

— Das diesjährige Ober-Ersatzgeschäft, die eigentliche Aushebung, wird für den Kreis Greifswald am 19., 20. und 21. Juni in Greifswald stattfinden.

— Wir haben einen rührenden Beweis von der Güte unseres Kaisers zu verzeichnen. Ein hiesiger Handwerkslehrling, ein elternloser Knabe, welcher von seiner Großmutter, die selbst in sehr dürftigen Verhältnissen lebt, seine Bedürfnisse empfängt, wandte sich brieflich an unsern Kaiser mit der Bitte, derselben eine kleine Unterstützung zu gewähren, da er als Lehrbursche dazu nicht im Stande sei und ihm ihre Noth sehr zu Herzen ginge. Nach eingezogenen Recherchen, die für den Petenten günstig ausfielen, gingen der alten, dadurch hocherfreuten Frau dieser Tage 20 M. zu.

Vermischtes.

— Man schreibt der „Tr. Ztg." aus Hetzerath vom 12. d. M.: Der Provinzial-Straßen-Aufseher Herr Ackra dahier hat 11 Kinder: 7 Söhne und 4 Töchter. Die 6 älteren Söhne dienen im deutschen Heere auf Avancement und stehen in weit von einander entlegenen Garnisonen und bei verschiedenen Waffen: zu Trier, Küstrin, Straßburg, Ludwigsburg, Wiesbaden und Saarburg (Lothringen). Der Wunsch, in ihrem hohen Alter alle ihre Kinder noch einmal beisammen zu sehen, und die Schwierigkeit, dies durch Einzelurlaub zu bewirken, veranlaßte die Eltern, Seine Exzellenz den Kriegsminister zu bitten, für ihre 6 Söhne einen gleichzeitigen 14tägigen Urlaub zu veranlassen. Dem Bittsteller wurde der unten mitgetheilte huldvolle Bescheid, der nicht nur Erfüllung der ganzen Bitte versprach, sondern auch noch ganz unerwartet ein bedeutendes Reisegeld gewährte. Die 6 Söhne sind hier eingetroffen und werden heute am Osterfeste in ihren mannichfaltigen Parade-Uniformen, ihren greisen Vater in der Mitte, überall freudig begrüßt. Wir verfehlen aber auch nicht, dem Bürgermeister von Hetzerath, Herrn Bommert, der der eigentliche Urheber dieser den alten Leuten bewirkten Freude ist, unsere Anerkennung für die schon so oft bewiesene rege Theilnahme am Familienleben der Insassen seiner Bürgermeisterei auszusprechen.

Das Schreiben des Kriegsministers lautete:

Berlin, 15. März 1879.

Es gereicht mir zur Freude, Ihnen in Erwiderung auf die Eingabe vom 6. d. Mts. mittheilen zu können, daß auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs die betreffenden General-Kommandos veranlaßt worden sind, Ihren in der preußischen Armee dienenden 5 Söhnen Urlaub vom 5. bis 25. April d. J. zu ertheilen. Rücksichtlich Ihres im 13. (königlich württembergischen) Armee-Korps dienenden Sohnes ist dem General-Kommando dieses Armee-Korps eine Mittheilung hiervon gemacht worden. Es darf erwartet werden, daß auch von diesem Ihr Wunsch erfüllt werden wird, wenn nicht besondere Hinderungsgründe entgegen stehen. Zugleich füge ich in Folge Allerhöchster Bestimmung zur Bestreitung der Eisenbahnkosten dieser Besuchsreise Ihrer Söhne hier den Betrag von Ein Hundert und fünfzig Mark bei mit dem Wunsche, daß Ihnen und Ihrer Gattin die Freude, Ihre 11 Kinder gleichzeitig bei sich zu sehen, ungetrübt zu Theil werden möge.

Der Kriegsminister
gez. v. Kameke.

An
den Provinzial-Straßen Aufseher Herrn Ackra,
Wohlgeboren zu Hetzerath, Kreis Wittlich.

— Aus Angyalos (Ungarn) wird folgende amüsante Historie gemeldet: In unserer Gemeinde hat Jemand in der Mitte des vor der Kirche befindlichen Kreuzweges in der Nacht vor dem 29. März einen Rocken aufgestellt, auf diesen ein Bündel Hanfwerg befestigt, eine Spindel hineingesteckt und an der Spindel einen aus Brodteig angefertigten Bretzel aufgehenkt. Bis heute hat sich Niemand gefunden, der den Hexenspuk zu entfernen den Muth gehabt hätte. Das Zeug soll den Zweck haben, Denjenigen, der es berührt, die Krankheit mitzutheilen, welche den Aufsteller des Rockens quält. Eine ganz ähnliche Kunkel ist auch am anderen Ende des Dorfes aufgestellt. Die Leute wissen nicht, was sie beginnen sollen, da der Weg dort so schmal ist, daß man der Kunkel mit einem Wagen nicht ausweichen kann. Glücklich, wer auf Seitenwegen dem Verderben entrinnen kann.

Viehmarkt.

Berlin, 18. April. Es standen zum Verkauf: 132 Rinder, 959 Schweine, 691 Kälber, 502 Hammel.

Da an dem letzten, erst am verflossenen Dienstage stattgehabten großen Markte der Lokalbedarf in Rindern, Schweinen und Hammeln zu gedrückten Preisen fast ganz gedeckt worden war, fand heute ein nennenswerthes und für eine Preisnormirung maßgebendes Geschäft nur bei den Kälbern statt.

Auch für diese Waare verlief der Handel nur langsam und gingen die Preise auf 35—50 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht zurück.

Telegraphische Depeschen.

Baden-Baden, 18. April. Die Kaiserin ist heute Nachmittag vier Uhr hierselbst eingetroffen.

Dresden, 18. April. Entgegen den Angaben auswärtiger Blätter kann auf das Bestimmteste versichert werden, daß König Albert sich zur Feier des silbernen Ehejubiläums des Kaiserpaares nicht nach Wien begeben, sondern zu seinem Geburtsfeste (23. April) in Dresden anwesend sein wird.